

Die vierte Etage kann kommen

Rat der Stadt legt zwei interfraktionelle Anträge zusammen – und ermöglicht die vierte Etage für den OHG-Anbau / Bauausschuss soll weiter beraten

Von Lea Lang



Nicht dreistöckig, sondern vierstöckig soll der Anbau ans OHG werden und damit 22 weitere Klassenräume ermöglichen. Foto: Christina Hinzmann

Göttingen. Eine vierte Etage für den Anbau ans Otto-Hahn-Gymnasium (OHG), um gleich 22 neue Klassenräume und eine Mensa zu bekommen – da waren sich fast alle Fraktionen im Göttinger Rat der Stadt schon vor der Sitzung am Freitag einig. Trotzdem lagen zwei verschiedene Anträge vor: der eine von CDU, SPD und FDP, der andere von Bündnis 90/Die Grünen, Volt- und Partei-Ratsgruppe und ebenfalls der FDP.

Für die FDP sei das Thema so wichtig, dass man gleich zwei Anträge

zur Ratssitzung mit beinahe identischem Wortlaut eingebracht hat, erklärte Fraktionschef Thorben Siepmann vor der Sitzung. Siepmann ging davon aus, dass beide Anträge in der Ratssitzung zu einem Tagesordnungspunkt zusammengelegt würden. So kam es dann auch.

„Für die in Kürze geplante Ausschreibung für den Erweiterungsneubau am Otto-Hahn-Gymnasium ist es jetzt ratsam, das vierte Stockwerk in die Planungen einzubeziehen, um den langfristigen Raumdefiziten entgegenzuwirken“, heißt es im gemeinsamen Antrag von CDU, SPD und FDP. Die Verwaltung sollte beauftragt werden, die bisherigen Planungen um ein viertes Stockwerk zu ergänzen – der Schulstättenentwicklungsplan soll dementsprechend aktualisiert werden. Ferner soll die Verwaltung die erforderlichen städtischen Finanzmittel in den kommenden Haushaltsjahren bereitstellen, Planungskosten seien ebenfalls abzubilden. Und: Das Ausschreibungs- und Vergabeverfahren soll zeitnah umgesetzt werden, hieß es.

Preissteigerung von einer halben Million Euro erwartet

Zu den Kosten äußerten sich die Grünen in ihrem interfraktionellen Antrag: Diese seien 2021 mit einer Million Euro beziffert worden und „dürften mittlerweile bei zirka 1,5 Millionen Euro liegen, wenn man Baupreissteigerungen einberechnet“. Die Mehrkosten stünden jedoch in keinem Verhältnis zu den Kosten, die für eine spätere Aufstockung oder einen Umbau entstehen würden.

Wibke Güntzler (CDU) brachte den ersten Antrag ein. Sie freue sich über den gemeinsamen Antrag mit CDU und FDP, der Mensa und Erweiterungsbau einschließe. „Damit können wir den Raumbedarf decken und die Umsetzung des pädagogischen Konzepts ist möglich“, so die Ratsfrau. Sie appellierte an die Verwaltung, zeitnah auszuschreiben, um den Baubeginn nicht weiter zu verzögern. „Das OHG ist das größte Gymnasium in Göttingen mit Schülern aus unterschiedlichen sozialen Familienstrukturen, Kindern mit Förderbedarf und Migrationshintergrund“, erinnerte Güntzler.

Klassenräume und Mensa dringend benötigt

Dass Schulklassen über Jahre in Container ausgelagert wurden und sich die Schule trotzdem nicht beklagt hat, unterstrich CDU-Ratsfrau

Güntzler. Die 22 weiteren Klassenräume und eine Mensa seien dringend nötig. Letztere nicht nur für entspannte Pausen, sondern auch für Veranstaltungen – eine Aula gibt im OHG nicht.

Ausschreibung und Bau sollten am besten sofort angegangen werden, fuhr Güntzler fort. Eine nachträgliche Erweiterung würde viel teurer werden. „Wenn für die Politik die Schulen viel bedeuten, wäre das Sparen am falschen Platz.“ Die seit Jahren geführte Diskussion müsse jetzt beendet werden.

Mit mehr als 1200 Schülerinnen und Schülern bilde das OHG eine Gemeinschaft, in der zusammen gelernt und gelebt werde, sagte Onyekachi Oshionwu (Grüne). Die Schülerzahl steige zudem seit Jahren, so Oshionwu. Sie ging auf Güntzlers Seitenhieb ein, dass die Grünen sich für einen Bau in zwei Abschnitten ausgesprochen hätten. „In weiser Voraussicht haben wir als Grüne immer schon dafür plädiert, dass das nächste Geschoss noch gebaut werden kann – mittlerweile können wir das vorziehen“, erklärte die Ratsfrau. Der Konsens beider Antragsteller in Bezug auf die Finanzmittel sei klar. „Wir sollten nicht mehr planen, diskutieren und beschuldigen, sondern beschließen“, so Oshionwu.

Elvan Tekindor-Freyjer argumentierte für die SPD, dass es mit gesunkenen Einnahmen für den städtischen Haushalt und gestiegenen Baukosten schwierig sei, alle Schulen in Göttingen zu sanieren und zu attraktiven Lernräumen zu machen. Der Raumbedarf habe sich zudem durch die Pandemie gewandelt. Der Schulstättenentwicklungsplan müsse aktualisiert werden. Bei allen Kosten dürfe nicht das pädagogische Konzept aus dem Blick geraten, mahnte die SPD-Ratsfrau.

Die Anträge ließ Ratsvorsitzender Julian Schlumberger (Grüne) nacheinander abstimmen. Die Linke enthielt sich bei beiden Abstimmungen. Die anderen Fraktionen unterstützten geschlossen den Auftrag an die Verwaltung, eine vierte Etage in die Planungen aufzunehmen, die Finanzmittel dafür einzustellen und das Vergabeverfahren schnell anzugehen. Beide Anträge überwies der Rat zur weiteren Beratung an den Bauausschuss.